

**Grußwort der Vizepräsidentin, Dr. Bahar Haghanipour, für den
Neujahrsempfang der ÜPFI, Montag, 23. Juni 2025, 18.00 Uhr,
Abgeordnetenhaus, Festsaal.**

Anrede,

Herzlich willkommen im Abgeordnetenhaus von Berlin! Ich freue mich wirklich sehr, so viele Mitstreiterinnen und engagierte Frauen heute in unserem Parlament begrüßen zu dürfen.

Es ist ja mittlerweile ein bewährter und fester Bestandteil, dass Eure Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – die ÜPFI – ihren Jahresempfang hier im Haus abhält. Für mich persönlich gehört diese Veranstaltung zu den Highlights des Jahres.

Anders als üblich sind wir in diesem Jahr mit dem Jahresempfang, der traditionell im Februar stattfindet, zeitlich etwas „spät dran“. Grund dafür war die Bundestagswahl, die für Deutschland und auch hier im Berliner Parlament – einige Mandatsveränderungen mit sich gebracht hat.

Für das heutige Thema ist das allerdings kein Nachteil – ganz im Gegenteil: Parität ist dadurch erneut in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte gerückt. Und ich möchte gerne mit einem Zitat einleiten. Zum Internationalen Frauentag dieses Jahr sagte Bundespräsident Steinmeier: "Wenn unsere Demokratie ein Frauenproblem hat, dann hat unser Land ein Demokratieproblem".

Wir dachten lange, es würde immer weiter aufwärts gehen mit der Geschlechtergerechtigkeit. Langsam ja, aber aufwärts. Im neuen 21. Bundestag ist der Frauenanteil jedoch nicht gestiegen. Nein, er ist um 2,3 Prozentpunkte gesunken und liegt nun bei 32,4 Prozent. Ein Rückgang. Und da frage ich mich: Hat unser Land ein Demokratieproblem?

Nicht nur im Bundestag, auch in unserem Parlament ist noch Luft nach oben: Mit 39 Prozent weiblichen Abgeordneten stehen wir im Bundesvergleich zwar gut da, doch die paritätische Zielmarke von mindestens 50 Prozent Frauenanteil haben wir noch nicht erreicht. Ganz zu schweigen von der Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderung. Haben wir in Berlin / in unserer Stadt ein Demokratieproblem?

Obwohl wir Frauen oftmals die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse erzielen, verdienen wir später im Berufsleben in vergleichbaren Positionen weniger als Männer. Zur Wahrheit gehört auch, dass Frauen die Hauptlast der Care-Arbeit – sei es Kindererziehung, die Pflege von Angehörigen oder Haushaltsarbeiten – übernehmen. Wie soll sich eine alleinerziehende Mutter mit Kind oder Kindern politisch engagieren? Das ist schwer zu organisieren. Und irgendwann lässt auch die Kraft nach, die der Alltag in Familie und Beruf Müttern abverlangt.

Für echte Gleichberechtigung gibt es also noch einiges zu tun. Denn wir alle wissen: Eine faire Teilhabe an unserer Gesellschaft ist ohne gleiche Chancen und Rechte nicht möglich. Ohne Gleichstellung, ohne Frauen, bliebe der Fortschritt auf der Strecke und unsere Stadt wäre lahmgelegt. Gerade hier im Landesparlament sind wir in der Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine gleichberechtigte politische Teilhabe zu fördern, ist dabei essentiell.

Wir wissen, dass die Paritätsgesetze in Thüringen und Brandenburg von den dortigen Landesverfassungsgerichten für unzulässig erklärt wurden. Deshalb soll ein Rechtsgutachten die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten eines Paritätsgesetzes für Berlin prüfen. Damit wir juristisch klären lassen, welche verfassungskonformen Wege es gibt, um Parität zu erreichen. Denn das sind wir unserer Demokratie schuldig.

Gesetzesänderungen oder die Klärung eines rechtlichen Rahmens sind dabei nur ein Teil des Weges hin zu mehr Gleichberechtigung. Vor allem aber braucht es ein grundlegendes gesellschaftliches Umdenken. Mir persönlich fällt kein einziger Grund ein, warum Frauen – ob in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Gesellschaft – faktisch nicht die gleichen Chancen haben sollten wie Männer. Das gilt auch für den Zugang zu Führungspositionen in sogenannten Männerdomänen..

Dass wir es uns als Gesellschaft nicht leisten können, auf das Potenzial von Frauen zu verzichten, ist längst belegt. Historische Vorbilder wie Jeanette Wolff, Louise Schroeder oder Hanna-Renate Laurien, aber auch engagierte Frauen unserer Zeit wie Carola von Braun oder Renate Künast, haben die politische Landschaft Berlins in Fragen der Gleichstellung, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie maßgeblich geprägt.

Wenn man so will, sind das auch die Grundsätze Eurer Initiative. Seit ihrer Gründung im Jahr 1992 kämpft die ÜPFI dafür, die Gleichstellung von Frauen in unserer Gesellschaft aktiv voranzutreiben. Ob bei Veranstaltungen, die stets den Zeitgeist des politischen Diskurses aufgreifen, in Stellungnahmen, Positionspapieren, bei der Mitarbeit in Bündnissen oder Arbeitsgruppen. Mit Eurer Arbeit fordert ihr den Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft.

Ich möchte – auch im Namen des Abgeordnetenhauses von Berlin – Danke sagen für Euren unermüdlichen Einsatz für eine bessere Zukunft von Frauen. Gleichzeitig möchte ich Euch ermutigen: Macht weiter so!

Ich weiß, dass die aktuelle politische und gesellschaftliche Lage herausfordernd ist. Die globalen Krisen lassen daran zweifeln, ob jetzt die Zeit für Geschlechtergerechtigkeit ist oder ob es „nicht wichtigeres“ gibt. Es gibt viele laute Stimmen, die bei den Themen Gleichstellung und sozialer Gerechtigkeit gerne einen Schritt zurückmachen würden.

Vielmehr sehe ich darin eine Pflicht – für uns und unsere Mitstreiterinnen, noch lauter, geeinter und entschlossener für unsere

Rechte und die aller Frauen in unserer Stadt einzustehen. Dies ist erst
Recht die Zeit, aufzustehen, laut zu sein.

Wir als Berliner Landesparlament stehen an Eurer Seite. Denn der Kampf
um Gleichstellung ist auch ein Verdienst für unsere Demokratie. Und
schließe mit einem weiteren Zitat unseres Bundespräsidenten, das lautet:
"Gleichstellung gehört zum Fundament unserer Demokratie".

Vielen Dank!
